

Saale-Zeitung.

Dreihundertzweiter Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg. höher aus Halle mit 20 Pfg. berechnet...

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufzahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Nr. 529. Halle a. S., Donnerstag, den 11. November. 1909.

Die Erhöhung der Fernsprechgebühren.

Unter den Vorlagen, die dem Reichstage in der neuen Session zugehen werden, wird sich auch die neue Fernsprechgebührenerordnung befinden. Dieser Tage ist die Nachricht über die Presse gegangen, daß die Ausschüsse des Bundesrats sich mit der Frage wieder beschäftigen und daß voraussichtlich die Vorlage in der gleichen Sitzung wie in der letzten Session wieder eingebracht werden wird.

Soweit die kleineren Netze in Betracht kommen, wird sich durch die geplante Neuordnung nichts verteuren, da deren Teilnehmer wegen des geringeren allgemeinen Verkehrs weniger Veranlassung zum Reden haben, als die Teilnehmer der großen, und für sie sich daher schon jetzt nicht das Kaufgebührensystern, sondern das Grund- und Gesprächsgebührensystern billiger stellt, haben sie bereits überwiegend legeteres angenommen.

Wie augenscheinlich wird höher sich die Auslagen des Teilnehmers an einem mittleren Netz stellen, der jetzt eine Kaufgebühr zahlt und in Zukunft Grund- und Gesprächsgebühr zahlen soll, ergibt sich aus folgendem: In Netzen mit 201 bis 500 Anschlüssen, in denen jetzt der Teilnehmer 140 M. zahlt, muß in Zukunft 50 Mark Grundgebühr entrichtet werden.

In Netzen mit 501 bis 1000 Anschlüssen, in denen jetzt der Teilnehmer 150 Mark Kaufgebühr zahlt, muß in Zukunft 50 Mark Grundgebühr entrichtet werden. Hierzu treten an Gesprächsgebühr 147,28 Mark, wenn die durchschnittliche Jahresgesprächszahl von 3303 gleich bleibt, 132,12 Mark, wenn die durchschnittliche Jahresgesprächszahl von 3682 gleich bleibt.

Wenn das Reichspostamt dem Hunderttausendgesprächsmann das Handwerk legen wollte, wer hätte etwas dagegen einzuwenden? Hat doch niemand bisher Einspruch gegen Erhöhung der Gebühr für solche Teilnehmer erhoben, die den Fernsprecher besonders häufig benutzen! Sind doch auch die Gewerbetreibenden damit einverstanden, daß eine Stafflung der Kaufgebühren nach der Zahl der Gespräche erfolgt, und daß der Teilnehmer, der über 10 000 Gespräche im Jahre führt, gezwungen werden soll, sich einen weiteren Apparat anzuschaffen! Das haben schon bisher viele Geschäftleute, ohne daß ein solcher Zwang bestand. Aber nicht nur den „Reichsrednern“ will das Reichspostamt den Verkehr ver-

teuern, sondern auch den „wenig Sprechenden“. Der Standpunkt, den die Reichspostverwaltung in der Vorlage einnimmt, ist ein Sohn auf die ursprünglichen Grundzüge des modernen Verkehrs. Aber freilich, es ist eine echt agrarische und daneben fiskalische Vorlage. Die Städte sollen blühen und die Kosten für das platte Land aufbringen, dem man den Fernsprecher verbilligen will.

Deutsches Reich.

„Der wahre bürgerliberale Grund der andauernden Hehe für die Erbschaftsteuer“

wird von Herrn Prof. Suchsland in einem längeren Artikel der „Saaleischen Zeitung“ behandelt. Nicht um uns während der jetzigen Wahlkampagne in eine Polemik über dieses Thema einzulassen, sondern lediglich um einen Vorwurf zurückzuweisen, bringen wir die nachstehenden Zeilen. Herr Prof. Suchsland fragt: „Wozu also, mühen wir uns fragen, heißt die bürgerliberale Partei immer wieder zu Gunsten einer Erbschaftsteuer?“

Als Antwort mögen die nachstehenden Ausführungen des „konservativen Reichsboten“ dienen, der dieser Tage folgende, auf die konservative Fraktion selber die Erbschaftsteuer beantragt, um das Unrecht der Reichsfinanzreform nachträglich einigermaßen gut zu machen. Der „Reichsbot“ sagt: „Wir haben unseren Vorstoß wahrscheinlich nicht gemacht, um der konservativen Partei eine Demütigung zuzumuten, sondern als eine großhulige, positive, verheißende Tat, um die furchtbare Lage, in der sich das Vaterland jetzt befindet, nach vor den neuen Reichstagswahlen zu überwinden. Denn wenn das nicht geschieht, wenn die Berührung gegen die Finanzreform, die indirekten Steuern und die konservative Partei so weiter geht, so erleben wir, wie der Aufschwung der Sozialdemokratie in Sachen und Waden gezeigt hat, bei den nächsten Reichstagswahlen furchtbare Dinge. Auch in Sachen war der Ausfall der Wahlen eine Folge der Finanzreform, wenn auch die tatsächlichen Kontraktanten eine von der Reichsfraktion abweichende Stellung eingenommen hätten.“

Es wäre in der Tat erfreulich, wenn sich auf Grund dieser von dem „Reichsboten“ angetriebenen Aktion eine Gelegenheit zu gemeinschaftlicher positiver Arbeit der bürgerlichen Parteien zum Segen des Vaterlandes finden ließe.

Staatsgefährliche Windmühlen.

L. C. Daß es auch staatsgefährliche Windmühlen gibt, lernt man jetzt erkennen. Im Regierungsbezirk Posen stehen sie natürlich. Dort gibt seit dem Jahre 1891 eine Polizeiverordnung, die es verbietet, „Zeichen und Loge, Freiheitsbäume, welche geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden, öffentlich auszustellen.“

Der beschränkte Untertanenverstand kann sich kaum vorstellen, welcher Art Zeichen so lächerlich gefährlich wirken können. Ein von der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlichtes Urteil des Kammergerichts klärt uns darüber auf, daß auch eine simple Windmühle so ein ruhestörendes Zeichen sein kann, wenn nämlich die Windmühlenspiegel weise und rot angedreht sind. Das Kammergericht billigt die Feststellungen des Ertrichters, „daß der Angeklagte bei dem Antreiben der Mühle lediglich von dem Bestreben geleitet war, die Farben des alten polnischen Reiches öffentlich auszustellen, daß er also einen demonstrativen Zweck verfolgt hat.“ Dies Verfahren ist „die sinnbildliche Darstellung der Hoffnungen und Erwartungen der polnischen Bevölkerung in bezug auf die nur durch Waffengewalt zu erreichende Wiedererrichtung ihres früheren Reiches, eine Aufforderung, die Hoffnung nicht sinken zu lassen, und endlich eine Provokation gegenüber dem Deutschtum.“

Es ist doch großartig, was man alles aus der Farbenzusammenstellung rot und weiß herauslesen vermag! Das alte gute Wort: minima non curat praetor — um Kleingeiten soll man kein großes Geschrei machen — ist den preußisch-dänischen Behörden ganz abhanden gekommen.

Weltliche Krankenpflegerinnen oder Ordensschwwestern?

Wie von uns berichtet worden ist, beabsichtigte man in den nächsten Krankenanstalten Düsseldorf die weltliche Krankenpflege abzuschaffen und an deren Stelle katholische Ordensschwwestern zu setzen.

Als vor vier Jahren die Frage zu entscheiden war, ob man weltlichen Krankenpflegerinnen oder Ordensschwwestern die innere Verwaltung des Hauses übertragen solle, entzündete darüber ein großer prinzipieller Kampf und die liberale Mehrheit setzte es gegen den heftigen Widerstand der Zentrumspartei ausdrücklich als liberales Prinzip durch, daß ein katholisches Krankenhaus in einer Stadt mit konfessionell gemischter Bevölkerung nicht einem religiösen Orden übertragen werden könne. Umso mehr war man überrascht, unter der Hand zu hören, daß die Zentrumspartei beantragen wolle, die seit vier Jahren wirkenden weltlichen Pflegerinnen zu entlassen und die Krankenanstalten durch einen katholischen Orden bewirtschaften zu lassen, und daß so viele liberale Stadtverordnete für den Antrag stimmen

würden, als zu seiner Annahme nötig seien. Wie die „Zf. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat man in der letzten Fraktion allerdings über den Antrag lange verhandelt, und es hat immer gehalten, einen entchieden ablehnenden Beschluß herbeizuführen. Ein solcher ist aber nunmehr, wie auch nicht anders möglich war, erzieht und der Antrag der Zentrumspartei wird mit großer Mehrheit abgelehnt werden. Der Antrag wurde damit begründet, daß durch die Ordensschwwestern, die bekanntlich ohne Honorar arbeiten, jährlich etwa 150 000 bis 170 000 Mark erspart werden würden, und außerdem habe sich das weltliche Personal nicht bewährt. Die Einsparnis würde in der Tat eintreten, aber die liberale Wählerfraktion würde es niemals billigen, daß aus rein pekuniären Erwägungen die Parteigrundsätze über den Hausen geworfen werden. Daß die sehr sorgfältige Untersuchung, die seit einem Jahre über die Verwaltung des Krankenhauses geführt wird, eine Reihe von Mängeln ergeben hat, muß ebenfalls zugestanden werden. Der im vorigen von der Leitung der Anstalt zurückgetretene ärztliche Direktor hatte es nicht verstanden, die erforderliche Disziplin auszuüben. Dann aber muß man eben jemanden berufen, der dazu in der Lage ist, und das wird wohl auch geschehen.

Schutz dem Großwild in Kamerun.

DKG. In der „Deutschen Kolonialzeitung“ wirft Oberleutnant A. Schulte-Born die Frage auf, ob die für Kamerun bestehenden Jagdgesetze zum Schutze des Großwildes ausreichen. Mit was für eine Art von Jägern man es oft zu tun hat, und zwar unter Leuten, bei denen man noch einigen weidmännischen Sinn voraussetzen sollte, dafür erzählt er folgendes Beispiel:

Bei wenigen Jägern waren die schönen und nützlichen Kromenkanäle in Vornu so vertraulich, daß man durch die Ferten, welche diese Flüsse förmlich bilden, hindurchschreiten konnte, ohne daß sie aufgaben. Trotzdem fanden sich Auswücher, die das Kränze krautten; nicht einmal die als Reichthumszeichen unentbehrliche Karabus und Geier, halbe Haustiere, blieben von ihren Flüßchen verschont, ohne daß, wie ich versichern kann, wissenschaftliche Gründe für diese Art der „Saad“ vorgelegen hätten. Was bei dieser Sorte von Jägern Wildschonungsbedenken, wenn diese nicht die allerhöchste Jagd haben, liegt auf der Hand. Zudem würde der Grundschuß „Wenn ich's nicht schiesse, schiesst's ein anderer“ auch das letzte Bedenken bei solchen Leuten beseitigen. Als — nur die Regierung kann das Wild schützen!

Wildschonungsgebiete, wie das vor Jahren — ich weiß nicht, ob heute noch — an untern Sonaga errichteten, haben bei Wild, das häufig wechelt, wie die Elefanten, wenig Wert. Dagegen müßten die Jagdgesetze, und zwar nicht, daß einer gründlichen Kenntnis unterworfen werden. Bei allem sollte man die Europäer des Westküsten des Großwildes, wie Elefant, Giraffe und Kaphorn (auch Nilroß) erwidern. Einmal müßten die Prämien für die Entdeckung viel höher bemessen sein als heute; dann dürfte das Abschleichen von Elefanten nur von Fall zu Fall, das von Giraffen und Nashörnern überhaupt nicht gestattet werden. Ferner wäre es vielleicht zweckmäßig, die Jachereubnis auf solches Wild an eine längere in der Kolonie abgeleitete Dienstadt d. h. mehrere Verpflichtungen, zu knüpfen, denn auch dadurch würden die allerersten Spießer ausgeschaltet. Beim sogenannten alten Afritaner aber sind größere Diebe zur Notur und damit auch etwas weidgerechtere Ansichten vorauszusetzen.

Man werde nicht ein, daß sich die Durchführung strenger Jagdgesetze in der Windnis nicht kontrollieren ließe; die Rama schreitet schnell in Afrika, und die Erziehung eines Elefanten ist selbst im dichtesten Busch kaum geheimzuhalten.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Unterstüßung beschäftigungsloser Tabakarbeiter. Wie die „Neue pol. Kor.“ mittelt, ist dem Bundesrat eine Vorlage über die im Tabakergewerbe vorgehene Unterstüßung beschäftigungsloser Arbeiter zugegangen. In dieser Vorlage wird, so wird weiter berichtet, den Wünschen, die in der Zwischenzeit namentlich aus Arbeiterkreisen vorgetragen sind, im wesentlichen Umfang Rechnung getragen werden.

Die Generaverammlung der Deutschen Antituberkulose-Vereinigung hat in Würzburg stattgefunden. Von Alfonso von Bourbon-Parma, der Herrscher hatte ein Begrüßungstelegramm geschickt. Prof. Dr. Himmelfern aus Heidelberg wies auf die Zweckmäßigkeit und Unstimmigkeit des Zweifelpasses hin und betonte die Dringlichkeit der Forderung des gezielten Grenzschutzes.

Die Erhebung des deutschen Gemülsbaues. Die Einfuhr von frischen Gemüsen hat in diesem Jahre noch nicht die Höhe erreicht, wie im Jahre 1908. Die überaus reiche Gemüsernte in Deutschland hat die Einfuhr etwas zurückgedrängt, doch ist wahrscheinlich mit Sicherheit zu erwarten, daß für den Rest des Jahres die Einfuhr von ausländischen Gemüsen beträchtlich zunehmen wird. Es wäre endlich an der Zeit, daß man in Deutschland lernt, Gemüse in großen Mengen für die Frühjahrsmonate einzunehmen, damit wenigstens ein Teil des Marktes mit dem deutschen Gemüse verlorft werden könnte. Zu den ersten neun Monaten dieses Jahres, von Januar bis September, wurden 3 729 977 Doppelzentner Gemüse im Werte von 88 768 000 Mark eingeführt. Von dieser Einfuhr entfallen allein auf die Niederlande 1 663 828 Doppelzentner, die noch beträgt etwa Gesamteinfuhr ausmachen. Die Größe von Holland beträgt 2 325 300 Hektar, wovon ungefähr 72 000 Hektar für Gartenbau benutzt werden, also etwa 2,2 Prozent. Aber dieses Gartenland wird außerordentlich intensiv bewirtschaftet. Die gewaltige Einfuhr holländischer Gemüse müßte doch ein Ansporn sein, auch hier hahndbrechend vorzugehen.



Oesterreichische Truppenverschiebungen.

Das Kriegsministerium hat für das Jahr 1910 mehrere Truppenverschiebungen angeordnet, die als Reaktion auf die Anexionen...

Aus diesen Truppenverschiebungen geht hervor, daß der österreichische Generalstab unter dem Eindruck der politischen Ereignisse...

Symptomatisch ist ferner die Dissoziation einer Infanteriebrigade...

Zehrentals Gegenzug.

Der Graf Zehrental hat, wie zu erwarten war, zu einem kräftigen Gegenstreik gegen den jüngsten Schachzug Iswowlis ausgeholt...

Kleine Tagesnachrichten.

Aus Petersburg wird gemeldet: In der von dem verstorbenen Großfürsten Maximilian veranlaßten Pensionatsliste der Offiziere...

Nach wiederholten anfänglich fast hoffnungslosen Überlegungen haben die von der schwedischen Regierung bestellten Mittelsmänner...

6. Ordentliche Generalssynode.

In der heutigen 11. Sitzung der Generalssynode stand vor überfüllten Tribünen die wichtigste kirchengeschichtliche Vorlage der Synode...

„Zerlehrsengesetz“.

Der Entwurf des evangelischen Oberkirchenrates, der vor längerer Zeit veröffentlicht worden ist, hat in der Kommission nur unwesentliche Veränderungen erfahren...

In der heutigen 11. Sitzung der Generalssynode stand vor überfüllten Tribünen die wichtigste kirchengeschichtliche Vorlage der Synode...

namentlich gegen die Angriffe, die von evangelisch-liberaler Seite, so von deutschen Protestanteneinigen und vom Berliner Unionverein, gegen den Entwurf erhoben worden sind...

Halle und Umgebung.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Das Schlußergebnis der 3. Wahlperiode. Die Nachmittagsstunden des letzten Wahltages haben noch eine Wahlbeteiligung gebracht...

Der Erfolg ist glänzend: der Hallische Bürgerverein allein für sich hat ebenso viel Wähler zu Gunsten seiner Kandidaten, wie die Sozialdemokratie...

Table with 4 columns: Wahlbezirke, Hallischer Bürgerverein, Kommunale Vereine, Sozialdemokratie. Lists 9 districts and their respective vote counts.

Vor vier Jahren waren die Ziffern, wie schon oben gesagt: Hallischer Bürgerverein 3518, Kommunale Vereine 2740, Sozialdemokratie 4455.

Das Resultat ist also Stichwahl zwischen dem Hallischen Bürgerverein und den Sozialdemokraten.

Und da wird der Kampf erneut mit aller Heftigkeit wieder ausbrechen. Die Sozialdemokratie hat das Wort geprägt: Die Stadtverordnetenwahl soll das Vortreffen sein für die Reichstagswahl...

In Giebichenstein ist selbstverständlich der Sozialdemokrat wiedergewählt.

Zur Gehaltsfestsetzung der Kirchschullehrer in der Provinz Sachsen.

Das königliche Konsistorium der Provinz Sachsen hat am 21. Oktober eine allgemeine Verfügung erlassen betr. das Dienstverhältnis der Inhaber vereinigter Kirchen- und Schulklassen...

amtes gefordert ist. Es ist zu bedenken, daß diese Lehrer auch in den Ferien gebunden sind...

Sind Mittel vorhanden, dann kann bei besonderen Mängelungen der Sach bis auf 800 Mark erhöht werden...

Die Schillerfeier im Stadttheater.

Bei feierlich beleuchtetem, vor feierlich festlichem, gut besuchtem Hause ging gestern abend der Feiertag des 150. Geburtstag des Schillers im Stadttheater...

Heimatbilder, Halle und Umgebung.

Das Buch von Alfred Wehner. Ein neues Heimatbuch! Aber kein Buch über die Heimat...

Und die Bilder, von Künstlern nachgezeichnet, sind so reizend, daß man sie nicht nur zum Anschauen, sondern auch zum Besitzen...

Betrogen und niedergeschossen.

Ueber die Ermordung des Rentiers Riechers wird nach folgendem mitgeteilt: Die gerichtsarztliche Obduktion der Leiche ergab...

Patent-Erfindungen. H. P. Hallitzky, Nürnberg a. S. Vakuum-Verdampf- oder Kochapparat. Gebrauchsmuster-Registrier. Eintragungen. Dr. Carl Herfeld, Halle...

Rechtssach. Ein Taterfall des Herrn Eisenhut hält der vor kurzem gegründete Reichs-Landungs- und Gemarkungsamt keine regelmäßigen Kellereien ab...

Eine Stube warm zu machen ist leichter, als sie warm zu halten. Da sei denn darauf hingewiesen, daß reine Luft...

# Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion feierlich Verantwortung; die in diesem Umfange der Redaktion verantwortlichen sind die Verfasser der Beiträge.)

## Ein erstes Wort zur Aufklärung.

In letzter Zeit hat unsere Stadtverordnetenversammlung Punkte von schwerwiegender Bedeutung zu erledigen gehabt. Dem Antrag der Straßenschluss- und der Aufnahme einer 20-Millionen-Anleihe ist mit großer Majorität zugestimmt und sechs Manifestationsvorlagen sind ohne wesentliche Erörterungen verabschiedet worden.

	die Ältesten	die Ratslisten
beim Staat	2230—4700	2230—3200
bei der Kommune:	2680—4180	2380—3780
in Berlin	2000—4700	2000—3200
„ Breslau	2300—4100	1800—3100
„ Kassel	2200—3800	1800—3000
„ Köln	2300—3600	2000—3200
„ Krefeld	2400—3800	2000—3200
„ Elben	2250—3450	1800—3000
„ Frankfurt a. M.	2300—4500	2200—3500
		und Wertschuld.
„ Kiel	2100—3600	1700—2600
„ Magdeburg	2200—3800	2000—3000
„ Rostock	2380—3980	2280—3780
„ Ritzdorf	2100—3500	1750—2450
		Aufbesserung steht bevor.
„ Schöneberg	2800—4600	2200—3400

Und wo bleibt Halle? Die angeführten Zahlen müssen zeigen, dass unsere hiesigen Beamtegehälter keine auskömmlichen sind. Bei den anderen, hier nicht aufgeführten Kategorien liegen die Verhältnisse ebenso.

Halle markiert allen Städten in der Teuerung der Lebensmittel voran, auch steht es nur wenigen hinsichtlich der Mietpreise nach. Es sollten daher die Stadtparlamente hiesigen Vertreter der Haus- und Grundbesitzer sich endlich entschließen, ihre Fernen den Beamten zu öffnen, haben doch besonders die Hausbesitzer durch rapide Steigerungen der Mieten einen großen Teil dazu beigetragen, daß die Gehälter unzulänglich geworden sind. Die Gehaltsaufbesserungen können keineswegs die Widerhoft in Aussicht gestellten erheblichen Steuererhöhungen verurteilen. Sollte, was kaum zu erwarten steht, eine Erhöhung um 5 Proz. hierdurch erfolgen, so macht dies bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 1900—1850 M. 60 Pfg. pro Jahr, 15 Pfg. vierteljährlich.

Erst bei einem Einkommen von 3600—3900 M. f. würde die M. 1000 bis 1200 pro Vierteljahr betragen. Dies dürfte aber wohl keinen Bürger davor abschrecken lassen, das Notwendige zum Lebensunterhalt Männern zu geben, die ihre ganze Kraft unserer Stadt widmen. Und wo steht dies ganze Meckelntommen wieder hin? Doch nur in die Taschen der Geschäftsleute zurück. Wenn man denn, daß Reich und Staat nur das gemehrt haben, was jeder nötig braucht, so müssen die Mündel der Beamten unserer Kommune ihre Gehälter, wie es bereits in vielen anderen Städten geschehen, denjenigen der Reichs- und Staatsbeamten anzuweisen, nur gerechtfertigt erscheinen. Jeder unserer Stadtpäter sollte daher in entscheidender Stunde auch für auskömmliche Aufbesserung des Gehälter stimmen.

Sehr zu wünschen ist es, daß die Manifestationsvorlage bald verabschiedet wird und endlich Zustimmung findet und die alte Verfassungsentwürfe unter der Bezeichnung wieder einsetzt. Die Teuerungsmittelverhältnisse und die an manchen Stellen feststehende Not werden bis 1. April f. n., von welchem Zeitpunkt ab die Gehaltsaufbesserung eintritt, noch manche Wunden schlagen, die zu heilen es dann noch Opfer genug kosten wird. Denn in dem Kampf des Lebens, was den Reichs- und Staatsbeamten durch die erfolgten Nachzahlungen bereits seit Jahren geworden ist, können unsere Beamten unter großen Entlassungen erst nach langer Zeit kommen. Unseren Stadtpäter ist daher zu empfehlen: „Schafft ärndliche Arbeit, da die Gehaltsregulierung für lange Zeit ausreichend sein soll!“

### „Sektors Räte.“

In einer Zeit, wo die Tierstichbeschreibungen immer mehr an Umfang gewinnen, erscheint die Maßnahme der Halle-Merkerbürger (Elett. Straßennah), die Hunde von der Beförderung auszuscheiden, richtungstun. Und um so richtungstun, als diese Maßnahme getroffen wurde, ohne vorher das geringste davon bekannt zu geben.

Da diese Maßnahme die Bahn selbst nur schädigt, dürfte sie die Aktionäre interessieren.

### „Sektor.“

## Standesamts-Nachrichten.

Standesamt Halle-Nord, 9. November.  
Eheschließungen: Der Missionar Hermann Stauber u. Charlotte Heller, Reistr. 88. Der Dreher Konrad Bae, Bochum, u. Emma Schöder, Grömmelwitz, 2 a.  
Geborene: Dem Oberpostsekretär Otto Müller S. Erich, Wöhrstr. 23. Dem Kellerarbeiter Ernst Huber S. Ernst, Adrenerstraße 24. Dem Gehilfenführer Franz Kunze T. Berna, Taif. 35. Dem Schlosser Kurt Knopf S. Herbert, Hardenbergstr. 19.  
Gestorbene: Des Arbeiters Friedrich Peter S. Kurt, 1. Nov., 68.

## Standesamt Halle-Süd, 9. November.

Aufgeborene: Der Kaufm. Paul Wetlin, Erfurt, u. Luise Thele, Weingärten 48. Der Schmied Albert Sack, Schmiedstr. 22. u. Hedwig Herbst, Bennedienheim. Der Tischler Franz Baumbach, Frielestr. 6. u. Anna Ede, Dölligstr. 6 b.  
Geborene: Dem Malermeister Reinhold Bauer S. Heinz, Schweißstr. 21. Dem Arbeiter Otto Jacob T. Anna, Eifenstraße 7. Dem Wagnermeister Paul Grotzer S. Walter, Eifenstraße 10. Dem Tischler Max Fiedler S. Walter, Eifenstraße 10. Dem Schlosser Robert Schum S. Rudolf, Eifenstraße 16. Dem Arbeiter Albert Eberhard T. Otto, Dölligstr. 11 a. Dem Schlosser Otto Hage T. Gertrud, Landbergstraße 49. Dem Stellmacher Otto Bernede T. Frieda, Gr. Märkerstr. 11. Dem Kellnermeister Gustav Damm T. Lydia, Werberstraße 93. Dem Kaufm. August Margowski S. Kurt, Marsfeldstr. 53. Dem Postboten Friedrich Eder S. Georg, Dierstaferstr. 1.  
Geborene: Des Bergmanns Franz Wolff aus Emseloh S. Kurt, 7. Nov., Minil. Clara Meyer, 46 J., Steinweg 7. Der Maurer Friedrich Bierbach aus Capellenende, 59 J., Elisabeth-Krankenhaus. Der Privatmann Friedrich Weber, 65 J., Mittelstraße 20. Die Witwe Barbara Wegner geb. Feun, 54 J., Emselohstraße 34. Die Witwe Clara Storz geb. Oms, 54 J., Saalberg 1. Der Kreis-Feuer-Societäts-Inspektor Dr. D. Ernst Thiele aus Liebenwerda, 69 J., Magdeburgerstr. 39.

### Auswärtige Aufgeborene:

Der Gürtelarbeiter Paul Oskar Wunderlich u. Emma Ida Häger, Oberweierstedt. Der Tischler Richard Bues u. Emma Brenete, Magdeburg. Der Tierarzt-Ingenieur Jakob Friedrich Peters, Königsberg, u. Bertha Breuer, Schöneberg. Der Dipl.-Ingenieur G. E. L. Räuber, Halle a. S., u. A. H. Wolf, Köpenick-Rogleben.

## Berichtsverhandlungen.

### Der Prozeß Steinheil vor dem Schwurgericht.

(Sechster Tag.)

Paris, 9. November.

Die ersten Stunden der heutigen Sitzung vergehen in technischen Diskussionen über edle und falsche Schmuckfächer. Nachdem vier Bijoutiers und ein Sadpferländer vernommen sind, hat man die höhere Empfindung, daß die dunkle Geschichte noch verworren erscheint als vorher.

### Ausführung bei Frau Steinheil,

die schonbar gar nicht im Verhältnis zu den Auslagen steht? Warum das intensive Bemühen des Advokaten, durch Zwischenfragen die Zeugen zu verwirren und unklar zu machen? Von allen diesen Dingen ist offenbar keiner gegen oder für die Angeklagte. Alle sagen einfach aus, was sie zur Sache wissen, ohne jede Parteinahme. Und dennoch kämpft die Angeklagte, die ihren Prozeß besser kennt als der Präsident oder der Verteidiger, mit einer erhöhten Energie für ihre Sache. Ich bin hier, um Klarheit zu schaffen, rufe ich dem Präsidenten zu, als er einmal ihren Meßbezug händeln will. Und gleich darauf teilt ihr Verteidiger mit einer Art von Genugtuung, der Wirrwarr ist so groß, daß sich niemand mehr herauskennt.

Die Aussagen der Juweliere seien hier im wesentlichen kurz verglichen. Juwelier Souloy ist nicht der Goldschmied, den Frau Steinheil gewöhnlich mit Arbeiten betraut. Er ist ein Freund der Familie der Angeklagten, für manche Geschäftliche verpflichtet, also ganz gewiß nicht einer feindseligen Parteinahme verdächtig. Am 12. Juni 1908 wurde er gebeten, sie bei dem Grafen Arlon aufzusuchen, und erhielt von ihr den Auftrag, eine Anzahl von Schmuckfächern zu verändern. Unter ihnen befand sich auch ein Zirkelfinger, von dem Souloy meinte, er sei für Herrn Steinheil bestimmt gewesen. Frau Steinheil beauptet, er habe ihr gehört, und ein zweites ähnlicher Ring sei ihr in der Abendnacht gestohlen worden.

Inzwischen hat aber auch die Perle des neu gestohlenen Ringes, nach dem Frau Steinheil sich beforgert erlunget hat, eine Rolle gespielt. Der Juwelier Gailard sagt aus, er habe diese Perle im Auftrag eines Kunden, den er aus Discretion nicht nenne, in den Ring gesetzt. — Sadpferländer Souin erkennt in der Perle die gleiche, die von Frau Steinheil in Couillards Parteinahme gestiftet wurde. Der Sadpferländer macht diese Aussage ohne jede Abwehr, Frau Steinheil zu schaden. Aber die Perle Couillards ist nicht aus der Welt zu schaffen, und aus einem Verzeichnis der Schmuckstücke, die von dem Steinheil keiner Frau gestohlen wurden, geht hervor, daß sich unter ihnen eine ähnliche edle oder falsche Perle nicht befand. Dies Verzeichnis gibt der gewöhnliche Bijoutier der Familie, Herr Mouray. Alle diese Aussagen machen Frau Steinheil so nervös, daß sie erklärt, sie überlasse es ihrem Advokaten, in dieses Chaos Licht zu bringen.

Nach der Vernehmung der Schmuckhändler und Sadpferländer beginnt

### die Vernehmung der Journalisten.

Der erste ist der bekannte Mitarbeiter des „Echo de Paris“, Marcel Huin. Er beginnt mit einem Kompliment für Frau Steinheil. Auch er habe zweifeln den Eindruck gehabt, daß sie mit ihrer Tochter verwechselt werden könnte, so daß also die Erzählung der Abendnacht in dieser Hinsicht nicht ganz unwahrscheinlich ist.

Dann erhebt er seine Unterredungen mit Frau Steinheil, im besonderen die verhängnisvolle Unterredung in der Nacht vom 25. November. Er ging zu Frau Steinheil, als er hörte, diese habe die Perle in Couillards Portemantel gesteckt, und fand die Angeklagte in einem Zustand tiefer moralischer Depression. Während er noch mit ihr sprach, kam die Bekannte von „Matin“, und beide bemüht sich, aus der Frau die Wahrheit herauszufragen. Sie sagte ihnen, sie habe die Schmuckstücke am 16. Juni Souloy gegeben, um sie ändern zu lassen. Sie glaubte damals, Herden zu müssen, und wollte den Schmuck ihrer Tochter hinterlassen.

Huin fährt fort: Das Bekenntnis ging weiter. Durch langem Zögern fragte Frau Steinheil plötzlich: „Glauben Sie etwa, daß ich meinen Gatten und meine Mutter getötet habe?“ Und antworteten ihr nicht. „Nun, Salvaor ist der Mörder, (Salvaor ist das Wödel, das in Verdacht war.) Nicht doch! Salvaor ist's nicht, sein Bruder ist's.“ Die Journalisten zweifeln und drangen weiter zum Gehändnis. Sie erwidert, sie könne das Geheimnis nicht verraten. Eine Frau sei beteiligt. „Welche Frau?“ fragt Huin. „Die Mutter des Mörders.“ „Wer ist der Mörder?“

## „Alexandre Wolff“

Aus kurzen Fragen und höflichen Antworten erwächst nun die letzte Geschichte, die Frau Steinheil erzählt hat. Die Journalisten rieten ihr, sofort zum Untersuchungsrichter zu gehen und ihm die Wahrheit zu sagen. Einige Stunden später stellte sie sich dem Richter. Nachdem diese Erzählung, der früher noch einige Einzelheiten von anderen Berichterstattern hinzugefügt worden waren, namentlich in ihrem Ursprung wiederholt ist, entschlüsselt sich die Wahrheit zwischen den Zeugen, der Angeklagten und dem Verteidiger. Dieser und Frau Steinheil werden den Journalisten vor, die Angst der Frau benutzt zu haben, um ein Gehändnis zu erlangen.

Nach Huins Vernehmung tritt eine Pause ein. Dann folgt die wichtige Aussage des

### Journalisten Barby.

Barby war am gleichen Abend in der Villa Steinheil. Er übernahm es, nachdem Huin und Labrugere gegangen waren, im Hause aufzuwarten.

Er sagt: Ich fürchtete, daß Mariette Wolf etwas von der Beschuldigung gegen ihren Ehemann erfahren und sich an Frau Steinheil rächen könne. Diese erschien sehr niedergedrückt. „Was habe ich getan?“ wiederholte sie unaufhörlich. „Was wird Mariette denken? Das arme Kind, niemals wird man glauben, daß ich die Wahrheit gesagt. Mariette und Alexander werden mich zusammen verderben. Alexander wird lügen, ich hätte ihn kommen lassen, um meine Mutter und meinen Mann zu morden.“ Dann bat sie mich, ich solle sie töten, ich solle ihr Stragnin verschaffen. Endlich wurde sie etwas ruhiger und ließ sich Tee kommen. Mariette brachte den Tee und merkte, daß etwas Vorgegangen, was sie nicht wollte. Sie fragte. Ich antwortete ihr nicht. Dann sah sie lange Frau Steinheil an und fiel ihr weinend in die Arme. Frau Steinheil wurde ruhiger und erklärte, sie wolle zum Richter. Vorher ging sie für einige Stunden zur Ruhe. Bevor sie das Zimmer verließ, wünschte ihr Mariette gute Nacht, und beide Frauen trauten sich miteinander. Frau Steinheil erzählte mir später, sie habe ihre Dienerin gefragt, was sie zu tun gedente, wenn Frau Steinheil verhaftet würde oder wenn man die Wahrheit erzähle. Mariette habe geantwortet:

### „Ich leugne alles.“

Der Präsident unterbricht den Zeugen: „Herr Barby, diese Aussage ist sehr gewichtig; denken Sie darüber nach, ob Sie Ihre Worte aufrecht erhalten.“ — Zeuge: „Ich habe geschworen, die Wahrheit zu sagen.“ — Präsident: „Fahren Sie fort.“

Zeuge: „Etwas hätte glauben wir, Mariette hätte ihren Sohn verabschiedet, aber Herr Chabrier, der Vetter der Frau Steinheil, sah, daß sie in der Küche war. Frau Chabrier flügte hinzu, sie sähe da und hätte ihr Augen aus ihren Knochen gerischt. Mariette hätte sogar gesagt: „Das ist meine letzte Rettung, eben wollte ich mich töten, aber Herr Chabrier hat mich gestört. Ich dachte daran, das Gas anzuführen. Nur meinen alten Hund habe ich erst herausgelassen, damit er nicht mit mir umkomme.“ Etwas später begab sich Frau Steinheil ins Gefängnis, nachdem sie noch einmal mit Mariette ein Gespräch gehabt hatte.“

Der Präsident fragt die Angeklagte, ob sie zu dieser Aussage etwas zu bemerken habe. — Angeklagte: „Ich erinnere mich an nichts mehr.“ Der Präsident wiederholt die Frage für jede Einzelheit der Aussage und erhält die gleiche Antwort. Durch den Zufallsraum geht eine Bewegung heftig, fast erschrocken Staunens. Der Eindruck dieser letzten Minuten ist sehr ernst.

Nach dieser Aussage treten noch einige andere Journalisten als Zeugen auf, die die früheren Aussagen bestätigen und ergänzen. Die wichtigste Aussage ist die des

### Sern de Labrugere

von „Matin“, des zweiten Zeugen seiner Nacht vom 25. November. Er sagt aus wie Marcel Huin und berichtet außerdem über die Nachforschungen, die er in der logenannten Burlington-Haus gemacht hat. Frau Steinheil habe den ganz unheimlichen Burlington aus einem dunklen Zimmer im „Matin“ gesehen und ausgesprochen: „Ich weiß nicht, wer es ist, aber es einer der Mörder ist, aber diese Aussagen, o diese Aussagen!“

Die letzte Vernehmung des Tages ist die des Ehepaares Chabrier, der Verwandten und treuen Freunde der Frau Steinheil. Sie bestätigen die Erzählung Barbys von den Selbstmordabsichten der Mariette Wolf. Frau Steinheil hat alle diese Aussagen ohne Protest gemacht, bald apathisch, bald in lebhafter Aufregung. Sie muß es gestiftet haben, daß der heutige Tag für sie bedeutungslos werden kann.

Unvollständiger Bericht im Justizpalast prophezeit eine sensationelle Wendung. Es soll sich um die bevorstehende Verhaftung eines Mannes handeln, dessen Name in dieser Angelegenheit noch nicht genannt wurde.

## Vermischtes.

Im Alter von 109 Jahren starb in Rostock im städtischen Krankenhaus der Arbeiter Andreas Gumbacz. Er war nur kurz vor seinem Tode erkrankt, und zwar das erste Mal in seinem langen Leben. Vor 67 Jahren erhielt Gumbacz, der am 24. November 1800 in Wojnowitz bei Grach geboren war, vom Kaiser ein Gnadenbescheid von 150 M.

Drei Menschen verarmt. In Vench, Kreis Zinn, Regb. Bromberg, ist das Armanhaus niedergebrannt. Hierbei kamen die 20jährige Arbeiterin Müller, ihr Vater, der Rentempfangs Müller, und ihre 5jährige Tochter ums Leben.

Aufstöße. Im Floderwalde im Kreise Bismarck fand man eine Frauenleiche. Sie war verblüht und völlig unerkennbar. Zweifellos liegt ein Suizid vor. — Ein Wädel bei Gerding (Oberstreuß) wurde ein hochjähriges Mädchen mit durchstimmtem Hals aufgefunden. Auch hier handelt es sich um einen Suizidmord.

Dynamitexplosion. In der Nähe der Stadt Cruzo in Bolivia, einer Ortshöhe von ungefähr 6000 Einwohnern, erfolgte eine furchtbare Dynamitexplosion. Ein Dynamitlager lag aus bisher unbekanntem Ursprung in die Luft. Im Umkreis von 7 Kilometer blieb kein Haus unbeschädigt. Die Erschütterung war eine so gewaltige, daß die Bevölkerung wie wahnwahnig aus dem Orte auf das Land flüchtete. Die Rettungsarbeiten wurden sofort begonnen; bis jetzt sind 40 Tote aus den Trümmern geborgen worden, man glaubt jedoch, daß noch viele andere Personen unter den Trümmern liegen.

Rechtsfälle. Aus Washington wird gemeldet: Wie aus Kreisen Berling verläuft, wird dieser den Verlust machen, den G. D. P. zu erreichen und zwar noch vor dem Jahre 1914. Berling wird keine Einzelheiten über Ausrichtung, wie bei der Expedition nach dem Nordpol, veröffentlicht.





